



Regionalbericht
Naher Osten und Nordafrika

Flexibilität und Starrsinn

von Jan Claudius Völkel

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2026033

Regionalbericht BTI 2026

Naher Osten und Nordafrika

Flexibilität und Starrsinn

von Jan Claudius Völkel *

Überblick zu den Transformationsprozessen in Ägypten, Algerien, Bahrain, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Türkei, Tunesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2026 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Jan Claudius Völkel, Flexibilität und Starrsinn — BTI 2026-Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2026.

* Dr. Jan Claudius Völkel ist DAAD Seconded Professor an der School of Political Studies, University of Ottawa, und BTI-Regionalkoordinator für Naher Osten und Nordafrika.

Einleitung

Der 7. Oktober 2023 hat ohne Zweifel im Untersuchungszeitraum des BTI 2026 (1. Februar 2023 – 31. Januar 2025) in der Region Naher Osten und Nordafrika die meisten Spuren hinterlassen: Der an diesem Tag durchgeführte Überfall der Hamas und verbündeter Terrorgruppen auf Israel mit etwa 1.200 Toten, 5.400 Verletzten und 250 verschleppten Geiseln hat nicht nur unter den Bewohner:innen Israels das Grundvertrauen in die Schutzfähigkeit ihres Staates erschüttert, sondern während der folgenden Kriegsmonate auch auf palästinensischer Seite immenses Leid hervorgerufen. Großflächige Luftangriffe der israelischen Armee haben weite Teile der Infrastruktur im Gazastreifen – Häuser, Straßen, Krankenhäuser, Schulen – zerstört, mehr als 60.000 Menschen sind durch die direkten oder indirekten Kriegsfolgen ums Leben gekommen. Zum Sommer 2025 hin entwickelte sich nach Einschätzung mehrerer Hilfsorganisationen aufgrund blockierter Hilfslieferungen eine Hungersnot; einige Beobachter werfen Israel vor, bewusst ein Genozid zu begehen.

Die Katastrophe von Gaza hat weltweit Entsetzen hervorgerufen und zu erbitterten Diskussionen geführt. Das Leid der Geiseln und ihrer Angehörigen auf israelischer Seite sowie das Leid der Palästinenser:innen trennt beide Gruppierungen, es vereint sie aber auch: beide sind Opfer der Terroristen der Hamas und ihrer Verbündeten, ob als Zielscheibe oder Schutzschilde, und beide sind ebenso Opfer einer israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu, in der manche Mitglieder schon vor dem Angriff der Hamas eine Vertreibung der Palästinenser:innen befürworteten und dies dann als mittelbares Kriegsziel – neben der Zerstörung der Hamas sowie der Befreiung der verbleibenden Geiseln – weiter verfolgten. Denn nicht übersehen werden sollten die zeitgleichen Geschehnisse im Westjordanland, wo die Regierung zusätzliche Siedlungen genehmigt hat und die Lebensgrundlagen für die dortige palästinensische Bevölkerung weiter einschränkt. Dortige Siedler haben nach Schätzungen der Vereinten Nationen seit dem 7. Oktober 2023 etwa 2.000 Angriffe gegen Palästinenser durchgeführt, teilweise unterstützt von der Armee – ein rapider Anstieg im Vergleich zu früheren Zeiträumen, bei gleichzeitig abnehmender Zahl palästinensischer Angriffe (Neumann, 2025). Diese Angriffe, in den Worten von Arie Perliger (2025) „a quieter but escalating war“, haben das Ziel einer „coerced depopulation of Palestinians from rural areas to solidify Israeli sovereignty over the entire West Bank“.

Bei allem Entsetzen über die Geschehnisse gibt es aber auch eine bemerkenswerte, in gewisser Hinsicht positive Nachricht zu vermelden: Keiner der arabischen Nachbarstaaten hat sich mit den Taten der Hamas solidarisiert oder Israel mit Vergeltungsmaßnahmen gedroht. Was seit Jahrzehnten offenes Geheimnis war, scheint sich angesichts der Gaza-Katastrophe bestätigt zu haben: Die Regierungen der Region, zumindest die einflussreichen (insbesondere Ägypten, Jordanien, Katar und Saudi-Arabien), kollaborieren mit Israel im Sicherheitsbereich und arbeiten inzwischen auch politisch in aller Öffentlichkeit eng zusammen. Die Abraham Accords, 2020 von der US-Regierung unter Donald Trump ausgehandelt, haben ihren ersten Härtestest bestanden: die regionale Stabilität hat unter der Gaza-Katastrophe nicht gelitten. Außenpolitisch zeigen die nach innen so starrsinnig auftretenden Hardline-Regenten also eine bemerkenswerte Flexibilität, frühere ideologische Dogmen sind inzwischen durch realpolitische Kosten-Nutzen-Abwägungen abgelöst.

Zum anderen aber, und das ist die zweite gute Nachricht, ist der regionale Einfluss des Iran stark geschrumpft: die israelischen Militärangriffe auf die Hizbullah im Libanon, die Huthi-Rebellen im Jemen und nicht zuletzt den Iran selber, inklusive der Ermordung hochrangiger Entscheidungsträger der verschiedenen Milizen, haben das Mullah-Regime militärisch enorm geschwächt. Dies schließt das im Dezember 2024 gestürzte Regime von Bashar al-Assad in Syrien mit ein: deren momentane Nachfolger der islamistischen „Hay’at Tahrir al-Sham“ (HTS) suchen noch ihre Rolle und künftige politische Ausrichtung; dass sie sich weiterhin als Akteure in Irans regionalem Machtnetzwerk anbieten, so wie al-Assad es tat, ist aber wenig wahrscheinlich. Parallel hat der neue Ministerpräsident des Irak, Mohammed Shia’ al-Sudani, die fragile Sicherheitslage seines Landes stabilisiert und sich von Iran als traditioneller grauer Eminenz in Bagdad emanzipiert. Die Huthis sind, von einzelnen Drohnenangriffen abgesehen, zu schwach, um Israel ernsthaft gefährlich zu werden, und die Hizbullah, eigentlich Israels stärkste Gegnerin, hat aufgrund der Verluste zahlreicher Führer durch israelische Luftschläge und Geheimdienstoperationen, einschließlich des „Pager-Angriffs“ am 17. und 18. September 2024, einen wesentlichen Teil ihre Schlagkraft eingebüßt.

Ein tatsächliches Ende des Einflusses des Iran auf die Milizen in zahlreichen Nachbarstaaten hätte nachhaltige Effekte auf die regionale Stabilität im Nahen Osten. Zwar wäre damit noch nicht geklärt, wie sich radikale Gruppierungen auf arabischer wie israelischer Seite demobilisieren und im Idealfall entwaffnen lassen; aber es scheint, dass der Einfluss Irans auf seine Nachbarstaaten schwindet.

Eine zweite ausländische Einflussnahme breitet sich jedoch im anderen Teil der Region, in Nordafrika, aus. Auf erschütternde Weise zeigt sich dies im Sudan, der, neben Gaza, der zweite große Kriegsschauplatz im Berichtszeitraum war. Die humanitäre Katastrophe hier ist ebenfalls katastrophal: über 50.000 Menschen wurden nach UN-Angaben aus dem August 2025 seit Kriegsbeginn im April 2023 getötet, 14 Millionen vertrieben, 25 Millionen sind von akutem Hunger bedroht. In West-Darfur wurden die Masalit Opfer eines Genozids. Diese Grausamkeiten waren nur aufgrund massiver ausländischer Unterstützung der Kombattanten möglich. Die Kämpfe zwischen der Sudanesischen Armee (Sudan Armed Forces, SAF), unterstützt von Ägypten, und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF), die maßgeblich von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt werden – und beide von Russland –, zeigen beispielhaft, in welchem Ausmaß ausländische Einflussnahme ohne Rücksicht auf die verheerenden lokalen Folgen in verschiedenen Ländern stattfindet.

Politische Transformation

Tabelle 1 verdeutlicht die demokratische Grundmisere in der Region Naher Osten und Nordafrika bereits anschaulich. Lediglich der Libanon hat sich erneut als (stark defekte) Demokratie qualifiziert, alle anderen 18 Länder fallen in die Kategorien der Autokratien – zwei Drittel davon in die schlechteste Gruppe der „harten Autokratien“. Neu hinzu gekommen ist Kuwait, das vielleicht als aktuell größte Enttäuschung im regionalen Vergleich gesehen werden kann, denn die politischen Rückschritte sind allesamt „hausgemacht“ und können nicht externen negativen Umständen angelastet werden. Damit ist Kuwait in diesem Jahrzehnt der zweitgrößte politische Absteiger der Region nach Tunesien, das seit dem Amtsantritt von Präsident Kais Saied den selbstgewählten Weg zurück in die Autokratie geht und sich auch im aktuellen Ranking weiter

verschlechtert hat. Am Ende der Skala stehen mit Jemen, Sudan und Libyen weiterhin drei zerfallende Staaten, deren Kriegerzerstörungen immens sind und in denen sich auch nach Jahren der gewaltsamen Auseinandersetzungen keine Tendenzen zu Befriedung und Stabilität abzeichnen. Syrien stellt nach dem Umsturz im Dezember 2024 noch immer ein labiles staatliches Gefüge dar, hat nach dem Ende der al-Assad-Diktatur im Dezember 2024 aber an Stabilität und vorerst auch an politischen Freiheiten gewonnen und ist, für den Moment gesprochen, die positive Überraschung.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
		Libanon	Irak	Kuwait ▼
			Algerien	Katar
			Tunesien	Marokko
			Jordanien	Ägypten
			Türkei	Bahrain
			Vereinigte Arab. Emirate	Syrien ●
				Oman
				Iran
				Saudi-Arabien
				Libyen ●
				Sudan ●
				Jemen ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Mit einer Verbesserung von 1,12 Punkten ist Syrien der große Gewinner im Ranking der politischen Transformation des BTI 2026. Die dramatischen Änderungen nach der jahrzehntelangen Regentschaft der al-Assad-Familie in Gestalt von Vater Hafez (1971–2000) und Sohn Bashar (2000–2024) spielten sich in nur wenigen Wochen ab und waren weder von ihrem Verlauf noch von ihrer Dramatik in dieser Form erwartet worden. Nach den Protesten des „Arabischen Frühlings“ 2011 und dem nachfolgenden Bürgerkrieg war Syrien im Prinzip in vier Teile aufgeteilt: Die südliche Hälfte einschließlich der Hauptstadt Damaskus, zudem Homs und Aleppo unter Kontrolle des Assad-Regimes, der Nordosten östlich des Euphrats mit Raqqah und al-Hasakah als größte Städte unter Kontrolle der kurdisch-geführten Syrischen Demokratischen Kräfte (Syrian Democratic Forces, SDF), der Nordwesten als flächenmäßig kleinster Teil unter Kontrolle der islamistischen Hay‘at Tahrir al-Sham (HTS) mit Idlib als zentraler Stadt, und zwei Gebiete entlang der türkischen Grenze rund um Afrin und Manajir unter Kontrolle der von der Türkei unterstützten Miliz „Syrische Nationale Armee“.

Von Idlib aus machten sich nun HTS-Einheiten am 27. November 2024 auf den Weg, um zunächst das benachbarte Aleppo einzunehmen und von da ohne nennenswerten Widerstand südwärts via Hama und Homs Damaskus zu erobern: die al-Assad-Familie floh am 8. Dezember 2024 Richtung Moskau, die verwaisten Regierungsstellen übernahm HTS mit einigen Ministern aus dem seit 2017 in Idlib regierenden „Syrian Salvation Government“ (SSG). Ahmed al-Sharaa wurde zum Übergangspräsidenten bestimmt.

Die neuen Machthaber änderten zentrale Maßgaben der Vorgängerregierung, insbesondere öffneten sie die Türen zu Syriens berüchtigten Foltergefängnissen; erschütternde Szenen spielten sich ab, als Angehörige verzweifelt versuchten, Hinweise auf ihre – oftmals seit Jahren – verhafteten und verschwundenen Freunde und Verwandte zu bekommen. Nur rund 4.000 der geschätzten 130.000 politischen Gefangenen des Assad-Regimes wurden in diesen ersten Wochen lebend aufgefunden.

In 8 der insgesamt 19 Indikatoren des BTI-Teilindexes „Politische Transformation“ erfuhr Syrien eine (teils enorme) Aufwertung, am offensichtlichsten in den Einschätzungen zu den „Vereinigungs- und Versammlungsrechten“ sowie der „Meinungsfreiheit“. Hier wurden in den wenigen Wochen bis zum Ende des Berichtszeitraums keine nennenswerten Einschränkungen verkündet, geschweige denn durchgesetzt, „do whatever you want“ war eher die ausgegebene Parole. HTS ist allerdings, das sollte bei aller Freude über die unzweifelhaften Verbesserungen im Vergleich zum Assad-Regime nicht übersehen werden, keine demokratische Gruppierung, die sich per se rechtstaatlichen Maßstäben verpflichtet fühlt; dies verdeutlicht unter anderem die Tatsache, dass sie ihre eigenen politischen Gefangenen in ihrer „Ursprungsprovinz“ Idlib eben nicht freiließ, und bei denen sie gemäß Berichten auch Folterpraktiken anwendete, wenngleich nicht in vergleichbarem Maße wie das Assad-Regime.

Die Herausforderungen, vor denen Syrien steht, sind riesig. Nicht nur gilt es, die einzelnen Bevölkerungsgruppen zusammenzuführen und, wo Unrecht geschehen ist, zu versöhnen; bis zum Sommer 2025 wurden Massaker an Angehörigen der Alawiten (aus denen der Assad-Clan stammt) sowie der Drusen, einer religiösen Minderheit mit Verbindungen nach Israel, gemeldet. Allein die Befriedung der gegenwärtigen Konfliktlinien scheint unter den aktuellen Umständen nur schwer möglich, zumal Mitglieder des alten Regimes und auch des „Islamischen Staates“ weiterhin präsent sind und gegebenenfalls auf einen günstigen Zeitpunkt warten, um die neuen Verhältnisse in ihrem Sinne zu destabilisieren. Auch müssen alle staatlichen Institutionen von Grund auf neu aufgebaut, eine Verfassung erarbeitet und, zumindest mittelfristig, Perspektiven für rückkehrende Flüchtlinge und Vertriebene geschaffen werden. Hierin liegt enormer sozialer Sprengstoff in einer Gesellschaft, in der nach Angaben der Vereinten Nationen rund 90% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, und 65% sogar in absoluter Armut. Hinzu kommen die veritablen ausländischen Interessen in Syrien, nicht nur seitens der USA und der EU, sondern auch von Seiten Russlands, dessen zwei Militärstützpunkte in Tartus (Flotte) und in Hmeimim südlich von Latakia (Luftwaffe) kurz nach dem Ende des Assad-Regimes weitgehend geräumt wurden, so dass die unmittelbare Präsenz der russischen Armee im östlichen Mittelmeerraum vor einer ungewissen Zukunft steht. Israel mit den besetzten Golanhöhen sowie die Türkei verteidigen beide ihre Sicherheitsinteressen weiterhin auch mit militärischen Interventionen.

Insgesamt sind die Vorzeichen für den anstehenden Transformationsprozess in Syrien also nicht sonderlich positiv, und es braucht viel Optimismus, um eine nachhaltige Stabilisierung und Verbesserung für die Bevölkerung zu erwarten. Die Frage ist eher, ob das Land wie Algerien in den 1990er Jahren einem top-down gesteuerten „aufgezwungenen“ sozialen Frieden unter einem neuen starken Führer entgegenggeht oder einem eher chaotischen Staatsfindungsprozess unterliegen wird, vergleichbar dem Irak nach Ende des Regimes von Saddam Hussein im Jahr 2003. Diese Frage wird nicht nur, aber auch in Washington und Brüssel mitentschieden, und es wird von zentraler Bedeutung sein, dass sich EU und USA, gemeinsam mit IWF und Weltbank, auf eine gemeinsame, effektive Unterstützungsstrategie für Syrien einigen können.

Irak ist derweil, trotz aller Schwierigkeiten in der Vergangenheit, hinsichtlich seiner politischen Transformation zu einem Hoffnungsträger der Region im BTI-Ranking geworden. Hinter Libanon, das mit einem Wert von 4,95 als stark defekte Demokratie gelistet ist (und wohlmerkwürdig seit dem BTI 2024 die einzige Demokratie in der gesamten Region überhaupt ist), liegt der Irak mit einem Wert von 4,92 – also nur geringfügig schlechter eingestuft als der Zedernstaat – auf Platz 2 im regionalen Ranking. Die verzeichneten +0,52 Punkte resultieren allerdings weniger aus Demokratisierungsschritten, denn vielmehr aus der erfolgreichen Stabilisierung des Landes: diese ermöglicht nicht nur eine bessere staatliche Verwaltung im gesamten Territorium, sondern eine stabilere Staatlichkeit insgesamt. Die verbesserte Sicherheitslage wirkt sich beispielsweise auf die Meinungsfreiheit aus, da sie sicherere Arbeitsbedingungen für Journalist:innen und sonstige Medienschaffende bedeutet: Wurde der Irak einst als „deadliest country for journalists“ bezeichnet, mit mehreren getöteten Journalisten pro Jahr, so war im aktuellen Berichtszeitraum lediglich ein getöteter Journalist zu beklagen: Mirad Mirza Ibrahim, der bei einer (vermutlich türkischen) Drohnenattacke am 8. Juli 2024 in der nördlichen Sinjar-Region schwer verletzt wurde und drei Tage später seinen Verletzungen erlag. In Summe also lässt sich für die neue Regierung von al-Sudani konstatieren: Erfolge in der Stabilisierung des Landes und der allgemeinen Politikgestaltung (was sich auch in den stark verbesserten Werten im Governance-Index widerspiegelt, siehe unten); dies ist bemerkenswert angesichts der regionalen Instabilitäten, die militärische Attacken seitens des Iran auf US-Ziele im Irak, und andersherum, beinhalteten. Bei den eigentlichen Demokratisierungsschritten ist an Euphrat und Tigris derweil noch deutlich Luft nach oben.

Die größten Rückschritte im politischen Transformationsranking hat derweil ein früherer Hoffnungsträger gemacht: Kuwait verschlechterte sich um 0,75 Punkte auf nunmehr 3,78 und ist damals erstmals im BTI keine gemäßigte Autokratie mehr (mit vormals deutlichem Abstand zu den anderen Golf-Monarchien), sondern reiht sich in die lange Liste an harten Autokratien ein. Scheich Mishal al-Ahmad al-Jaber al-Sabah, der als bisheriger Kronprinz am 16. Dezember 2023 im Alter von 83 Jahren den Emirsthron bestieg, führt das Land deutlich autoritärer: nennenswert ist insbesondere der eskalierende Konflikt mit dem Parlament, das – bislang mit Prärogativen ausgestattet, die in der Golfregion ihresgleichen suchten – nach einigem Hin und Her am 10. Mai 2024 vom Emir per Dekret aufgelöst wurde. Neuwahlen sollen erst nach Erarbeitung einer gänzlich neuen Verfassung stattfinden, dem Anschein nach frühestens 2028. Ob es wirklich so kommen wird, bleibt abzuwarten. Entscheidend wird wohl auch der Einfluss des von Emir Mishal ernannten neuen Kronprinzen Sabah al-Khalid al-Sabah sein, der, Jahrgang 1953 und bereits als Außenminister und Ministerpräsident tätig, immer noch als Vertreter einer neuen Generation „junger“ Staatslenker am Golf gehandelt wird und auf dem entsprechende Modernisierungshoffnungen ruhen. Dass diese eine Rückkehr zu mehr parlamentarischer Eigenständigkeit beinhalten, darf allerdings bezweifelt werden.

Das zweite Land mit deutlichen Regressionen ist Tunesien, das unter Führung von Staatspräsident Kais Saied weiter dramatische politische Rückschritte verzeichnete (-0,65 Punkte) und mit einem Wert von 4,33 weit von seiner ehemaligen Bestbewertung (6,55 im BTI 2020) entfernt ist. Die unter starken Repressionen im Oktober 2024 durchgeführten Präsidentschaftswahlen bescherten dem Amtsinhaber 90,7% der Stimmen und dürften damit wohl das Ende des tunesischen Demokratieexperiments besiegeln. Algerien, das nach 2019 ebenfalls kurzzeitige Hoffnungen auf Demokratisierung und echten Regimewechsel hatte, hat im Berichtszeitraum erneut

Rückschritte verzeichnet, insbesondere im Bereich der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Gewaltenteilung und der Bürgerrechte. Insgesamt steht das Land wieder ungefähr auf dem Niveau des BTI 2010, also der Situation vor dem „Arabischen Frühling“ und allen zwischenzeitlich erreichten Fortschritten.

Wirtschaftliche Transformation

Die wirtschaftliche Transformation innerhalb der Region Naher Osten und Nordafrika wird auch dieses Mal wieder von den Golfmonarchien angeführt: die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar mit „weit fortgeschrittenem“ bzw. „fortgeschrittenem“ Entwicklungsstand ganz oben, gefolgt von Kuwait, Saudi-Arabien und Bahrain mit einer „eingeschränkten“ wirtschaftlichen Transformation – Kuwait auch hier mit einem Kategorieabstieg. Stark verbessert hat sich der Irak, stark verschlechtert der Sudan, jedoch jeweils ohne Kategorienwechsel. Die übrigen Länder haben abgesehen von kleineren Veränderungen kaum Fort- oder Rückschritte gemacht, wobei die Länder in der „rudimentären“ Kategorie so weit abgeschlagen sind (insbesondere die Bürgerkriegsländer, aber auch der Iran), dass eine wirtschaftliche Erholung, wenn überhaupt, nur in sehr langen Zeitläufen erhofft werden kann. Legt man die offiziellen Bevölkerungsgrößen der jeweiligen Länder zugrunde (nach Angaben der Weltbank 2025 für das Jahr 2023), ergibt sich folgende Aufteilung (bei einer Gesamtbevölkerung von 626.500.000):

- „weit fortgeschritten“: 10.500.000 = 1,68%
- „fortgeschritten“: 2.700.000 = 0,43%
- „eingeschränkt“: 237.000.000 = 37,83%
- „stark eingeschränkt“: 165.400.000 = 26,40%
- „rudimentär“: 210.900.000 = 33,66%

Das heißt, kaum mehr als 2% der Bevölkerung im Nahen Osten und Nordafrika leben in Volkswirtschaften ohne wesentliche Einschränkungen der marktwirtschaftlichen Grundordnung mit flankierenden soziopolitischen Sicherungsmaßnahmen.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten Werte 10 bis 8	fortgeschritten Werte < 8 bis 7	eingeschränkt Werte < 7 bis 5	stark eingeschränkt Werte < 5 bis 3	rudimentär Werte < 3
Vereinigte Arab. Emirate	Katar	Kuwait ▼ Saudi-Arabien Bahrain Jordanien Oman Türkei Algerien Marokko Tunesien	Ägypten Irak Libanon	Libyen Iran Syrien Sudan Jemen

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Die neue Staatsführung im Irak hat dank der erfolgreichen Stabilisierung auch im Wirtschaftsbereich einige wichtige Fortschritte erzielt: die gemessene Verbesserung um 0,61 Punkte ist auch im globalen Vergleich die „Bestleistung“ (gemeinsam mit Polen). Ein Fond zur Entwicklung der besonders benachteiligten Provinzen soll seit 2023 auch jenseits der Zentren neue ökonomische Perspektiven bieten. Der irakische Dinar wurde stabilisiert. Die nationale Armutsrate ging von 21,5% im Jahr 2022 auf 17,6% im Jahr 2024 zurück. Diese Fortschritte bedeuten jedoch nicht, dass nicht weiterhin weite Teile der irakischen Bevölkerung in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen leben, im Gegenteil: das Pro-Kopf-Einkommen ging 2023 um 5,1% zurück, was im Wesentlichen an der nach wie vor starken Abhängigkeit der irakischen Wirtschaft vom Ölexport liegt; die Entwicklung anderer Wirtschaftszweige verläuft langsam, die Landwirtschaft, die lediglich 4% zum Brutto sozialprodukt beiträgt, ist überdies stark vom Klimawandel betroffen – die zunehmenden Hitze- und Trockenperioden machen der einst so fruchtbaren „mesopotamischen Kornkammer“ zu schaffen. Die Konsequenzen sind nicht nur für die Bevölkerung hinsichtlich erschwinglicher Lebensmittelpreise katastrophal – auch die Biodiversität der lokalen Tier- und Pflanzenwelt in den einzigartigen Marschlandschaften leidet extrem. Schlussendlich hängt die wirtschaftliche Zukunft des Irak auch stark von den künftigen Entwicklungen des „großen Nachbarn“ Iran ab: ein Großteil der irakischen Importe wird über den Iran abgewickelt, und eine weitere Verschlechterung der dortigen Wirtschaftskraft, oder gar der gesamten Regimestabilität, könnte einschneidende Folgen auch für den Irak haben.

In der Tat stellt die iranische Wirtschaftsmisere ein großes Problem für das Regime in Teheran dar. Nach Jahrzehnten der Misswirtschaft und internationaler Sanktionen steigen die Armutsquoten und sozialen Ungleichheiten. In den vermehrten Protesten und Unruhen der vergangenen Jahre war die ökonomische Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht der einzige Grund, aber ein wichtiges Motiv für viele der Protestierenden. Besonderes Problem ist hierbei die Inflation, die – trotz der zwischenzeitlichen Reform des iranischen Rial – auch im Berichtszeitraum erneut bei etwa 40% lag. Annähernd 30% der Bevölkerung leben inzwischen unter der Armutsgrenze von 6,85 US-Dollar pro Tag (2017 Kaufkraftparität). Auch hier ist die Klimakrise eine enorme Herausforderung, denn die steigenden Temperaturen und ausbleibenden Regenfälle machen nicht nur die landwirtschaftliche Produktion sehr teuer, sie führt inzwischen zu dramatischer Wasserknappheit sogar in der Hauptstadt. Was das Land bräuchte, wäre mehr Investitionen in Forschung und Bildung, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten besser zu verstehen und anzugehen; angesichts des rigiden Unterdrückungsapparats versuchen viele der „besten Köpfe“ allerdings, ihre Karriere im Ausland zu verfolgen: Gemäß einer Studie der Universität Stanford (Azadi et al. 2020, S. 11) arbeiten etwa ein Drittel der iranischen oder iranisch-stämmigen Forscher:innen im Ausland, vornehmlich in den USA, Kanada, Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Lediglich rund 2% dieser insgesamt auf 110.000 geschätzten „high potentials“ hat es im Laufe ihrer produktiven Lebenszeit zurück in den Iran gezogen.

Emigration der Eliten ist ein ebenso drängendes Problem für den Sudan, das Land mit den größten Rückschritten im Untersuchungszeitraum. Um 0,50 Punkte hat sich das Land verschlechtert, und wären die Werte nicht sowieso bereits so schlecht gewesen – der desaströse Krieg hätte den Abstieg vermutlich noch deutlicher werden lassen. Was sich seit Ausbruch des „April-Krieges“ im Jahr 2023 im Sudan abspielt, ist eine ökonomische, zuvörderst aber menschliche Katastrophe. Im Mittelpunkt stehen die Rivalitäten zwischen der Sudanesischen Armee (SAF) unter Führung von General Abdel Fattah al-Burhan und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) unter Führung von Mohamed Hamdan Dagalo. Letztere entstand aus den berüchtigten Janjaweed-Milizen, die im Auftrag und mit Duldung der Regierung von Omar al-Bashir von 2003 bis 2008

in der Darfur-Provinz grauenhafte Verbrechen gegen die Bevölkerung verübten, inklusive einem Genozid an den Fur, Masalit und Zawagha. Aus zunehmender Sorge vor einem Militärputsch formte al-Bashir ab 2013 dann die RSF als mögliche Counter-Coup-Truppe; insofern fand sie sich von Anfang an in einer Mischung aus Kooperation und Gegnerschaft zur offiziellen Armee. Mit dem Aufruhr 2019 und der zwischenzeitlichen Machtübergabe an zivile Kräfte arbeiteten beide, SAF und RSF, an einem gemeinsamen Konterrevolutionsplan. Mit dessen Umsetzung vereitelten sie im Oktober 2021 sämtliche Transformationsbemühungen und brachten die (teils alten) Militärkräfte wieder an die Macht. Auch die enge militärische Kooperation mit Russland wurde wieder aufgenommen, von der die zivile Übergangsregierung Abstand genommen hatte (Tsamalashvili, 2025). Im Erfolg wurden jedoch die Differenzen über die Aufteilung der Machtpositionen zwischen SAF und RSF wieder sichtbar, so dass beide Truppen ab April 2023 gewaltsame Auseinandersetzungen starteten, die die Vereinten Nationen zwischenzeitlich als „größte humanitäre Katastrophe“ bezeichneten. Das Land ist de facto zweigeteilt. Die Regierung von Abdel Fattah al-Burhan musste zwischenzeitlich nach Port Sudan fliehen, nachdem die Hauptstadt Khartoum im Oktober 2023 weitgehend unter RSF-Kontrolle geriet. Bis März 2025 haben sich die Regierungstruppen von der Küste ins Landesinnere zurückgekämpft und die Macht in Khartoum und der Nachbarstadt Omdurman, beide als Konglomerat das wirtschaftliche Zentrum des Sudans, wieder an sich gerissen. Die wirtschaftlichen Konsequenzen dieses „Bruderkrieges“ sind katastrophal: besonders in den umkämpften Gebieten verloren Menschen ihr Eigentum, ihre Unternehmen und ihre Lebensgrundlage. Der informelle Sektor hat sich stark ausgeweitet, die Zerstörung von Schulen hat laut UNICEF-Schätzungen bis zu 17 Millionen sudanesischen Kinder aus der formalen Schulbildung entfernt.

Bedenklich sind auch die Entwicklungen in Ägypten. Das Land mit den deutlich meisten Einwohner:innen der Region (114,5 Millionen) hat eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Transformation um 0,14 Punkte erfahren und liegt damit auf seinem tiefsten je im BTI realisierten Wert (4,32). Damit unterbietet die Regierung von Abdel Fattah al-Sisi, der einst auch aufgrund des weitverbreiteten Unmuts über die katastrophale Wirtschaftslage in den Nachrevolutionen Jahren 2011ff. unter den Muslimbrüdern seinen Widersacher Mohamed Morsi aus dem Amt putschen und sich selber als neuen Staatspräsidenten einsetzen konnte, selbst die Werte aus den letzten, von Kleptokratie gezeichneten Jahren der Amtszeit von Hosni Mubarak. Rückschritte wurden zuletzt festgestellt bei der monetären Stabilität sowie bei den sozialen Sicherungsnetzen. Die schrittweise Freigabe des ägyptischen Pfund vom US-Dollar – eine Forderung des Internationalen Währungsfonds – hat zu starken Abwertungen der Währung sowie im Jahresverlauf 2023 zu enormen Inflationsraten von bis zu 38% geführt; seit dem „Währungs-crash“ im November 2016 (Abwertung um 45%) haben sich die Lebenshaltungskosten in Ägypten bis Jahresende 2023 gemäß Daten der Weltbank um den Faktor 2,7 verteuert, also nahezu verdreifacht. Rund 30% der Bevölkerung lebten im Jahr 2020 nach Regierungsangaben unterhalb der nationalen Armutsrate, eine Zahl, die durch Covid-19 und die weltweiten Preisanstiege in Folge von Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine nochmals angestiegen sein dürfte; lebenswichtige Dinge wie Grundnahrungsmittel, aber auch Medikamente sind also für wohl mindestens 40 Millionen Menschen im ehemals so stolzen Ägypten nahezu unerschwinglich geworden.

Von derartigen Verhältnissen ist Tunesien noch ein gutes Stück entfernt, aber auch hier sind die Tendenzen negativ. Die mangelnde Währungsstabilität und die steigenden Lebenshaltungskosten sind auch hier große Herausforderungen. Dazu kommt, dass Präsident Kais Saied dank Unterstützung des ihm ergebenen Parlaments die Zentralbank unter seine politische Kontrolle gestellt hat, fortan die Währungspolitik also wirtschaftspolitischem Gutdünken untergeordnet ist.

Die letzten Inflationsraten nehmen sich mit 9,3% noch relativ bescheiden aus, stellen aber insbesondere für die ländliche Bevölkerung eine große Herausforderung dar, von denen nach Regierungsangaben im Jahr 2021 ein Viertel (24,8%) unter der nationalen Armutsgrenze lebten. Die Arbeitslosenquote, 16% in Landesdurchschnitt, überstieg die 20%-Marke in ländlichen Gebieten wie dem Gouvernement Siliana. Die Regierung, nicht zuletzt auf Druck des weithin angesehenen und geschätzten Gewerkschaftsbundes UGTT, verweigerte im April 2023 nach langen Verhandlungen den Abschluss eines IWF-Darlehens in Höhe von 1,9 Milliarden US-Dollar, welches u. a. Subventionskürzungen, die Privatisierung von Staatsbetrieben und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst vorgesehen hätte.

Governance

Tunesien ist auch der größte Verlierer der Region im Governance-Index und steigt, im Verbund mit Marokko, erstmals in die Kategorie der „schwach“ geführten Transformationsländer ab. Neu hat sich dieser Gruppe, als weltweit deutlichster Aufsteiger, Syrien angeschlossen, das mit einem großen Plus von 2,12 Punkten nun im Ranking die Türkei überholt hat. Die besten Regierungsleistungen werden erneut in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar erbracht, auf Platz 3 der Region liegt dieses Mal – wiederum eine Überraschung – der Irak. Am Ende abgeschlagen sind neben den drei Bürgerkriegsländern auch der Libanon und der Iran – der Libanon ist damit von allen im BTI untersuchten Ländern die einzige Demokratie mit gescheiterter Governance.

Tab. 4: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Vereinigte Arab. Emirate	Irak	Marokko ▼	Libanon
	Katar	Jordanien	Tunesien ▼	Libyen
		Kuwait	Bahrain	Iran
		Saudi-Arabien	Oman	Jemen
		Algerien	Ägypten	Sudan
			Syrien ▲	
			Türkei	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Tunesiens Staatsführung büßte an Gestaltungsfähigkeit ein, insbesondere im Bereich der Politikimplementierung und der politischen Lernfähigkeit – also im Grunde das, was als grundlegendes Handwerkszeug im Politikbetrieb bezeichnet werden kann. Präsident Kais Saieds strikter, auf seine Person hin ausgerichteter Führungsstil und eine hohe Fluktuationsrate in den Ministerien – inklusive der Absetzung von Ministerpräsidentin Najla Bouden Romdhane im August 2023 und ihrem Nachfolger Ahmed Hachani ein Jahr später – haben zu eher kurzfristigen, manchmal erratischen Entscheidungen geführt. Die neue Ausrichtung der tunesischen Politik hat sich auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit bemerkbar gemacht. Mit der EU stehen statt Demokratisierungsbestrebungen vorrangig Initiativen im Bereich der restriktiven Migrationssteuerung im Vordergrund. Der Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von

der Leyen, Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte bei Kais Saied am 16. Juli 2023 symbolisierte die faktische Normalisierung in den Beziehungen, nachdem die EU auf Saieds unmittelbare Autokratisierungsbestrebungen seit seinem Amtsantritt zunächst ablehnend reagiert hatte. Dass dieser Besuch nur fünf Monate, nachdem Kais Saied mit weithin rassistisch aufgefassten und abwertenden Bemerkungen über afrikanische Migrant:innen negativ aufgefallen war, stattfand, verpasste den Wiederannäherungen der EU eine zusätzliche dissonante Note. Zusätzlich ist das Verhältnis zwischen Tunesien und weiteren internationalen Partnern merklich abgekühlt: die Regierung erklärte Menschenrechtsexpert:innen des Europarats (Venice Commission) zu unerwünschten Personen und missachtete wiederholt Entscheidungen des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschen- und Völkerrechte hinsichtlich der gefährdeten Unabhängigkeit der tunesischen Justiz und dem Vorenthalten grundlegender Rechte von Inhaftierten.

Parallel hat sich die Governance-Leistung der marokkanischen Regierung verschlechtert, wie bei Tunesien auch in grundlegenden Management-Bereichen. Komplexe bürokratische Vorgänge und ein Mangel an Koordination machen Politikimplementierungen oftmals langsam oder verhindern sie gar ganz – so in Unterlassung der dringend notwendigen Korrektur negativer ökologischer Konsequenzen im „Green Morocco“-Plan zur Förderung nachhaltiger Landwirtschaft. Angedachte Reformen im Bildungs- und Gesundheitsbereich bleiben häufig in den Anfängen stecken und werden nicht vollständig umgesetzt. Dies liegt zum einen an Kompetenzmangel innerhalb der ausführenden Verwaltungen, aber auch an weiterhin sehr zentralistischen Entscheidungsvorgängen und fortbestehenden korrupten Strukturen, gegen die sich nur schwer angehen lässt; entsprechende Empfehlungen der Finanzaufsichtsbehörde werden jedenfalls geflissentlich ignoriert.

Korruption ist auch in der Türkei weiterhin eines der drängendsten Probleme. In der Antikorruptionspolitik zeigt die Regierung von Recep Tayyip Erdoğan keinerlei Ambitionen, Verstößen nachzugehen und sie zu sanktionieren. Staatsaufträge werden oftmals ohne öffentliche Ausschreibung vergeben. Die Wiederaufbaumaßnahmen nach den verheerenden Erdbeben am 6. Februar 2023 in der Südosttürkei zeigten gravierende Governance-Defizite auf. Den starken Beben fielen mindestens 53.537 Menschen auf türkischer Seite zum Opfer (plus weitere 8.476 Menschen im benachbarten Syrien), mehr als 100.000 Menschen wurden verletzt und es stürzten, gemäß Erhebungen des Ministeriums für Umwelt und Städtebau, 230.000 Gebäude ein oder waren nicht mehr bewohnbar. Die finanziellen Schäden betrugen nach Schätzungen um die 100 Milliarden US-Dollar. Nach Ansicht von Expert:innen trage die türkische Regierung eine Mitschuld an den hohen Opfer- und Schadenszahlen. Sie habe aus Profitstreben notwendige Bauvorschriften missachtet, illegale Bauten oftmals ohne eingehende Prüfung nachträglich gegen „Strafzahlung“ genehmigt sowie den Erdbeben- und Katastrophenschutz vernachlässigt. Hinzu kamen Mängel im Krisenmanagement. Als die Rettungsmaßnahmen anliefen, verfügte die Regierung, dass die eingehenden Spenden in Milliardenhöhe ohne Einbindung des türkischen Rechnungshofs verwendet werden dürften und eröffnete damit Möglichkeiten für Zweckentfremdung und Veruntreuung der für Rettungsmaßnahmen oder Wiederaufbau gespendeten Gelder. Die stark auf Erdoğan zugeschnittene Verwaltung agiert zunehmend unkoordiniert, und seiner Regierung drohte bei den Wahlen im Mai 2023 der Machtverlust. Nur mit juristischem Vorgehen gegen Oppositionskandidat:innen und großzügigen Wahlgeschenken gelang es dem Langzeitherrscher, sich mit 52% der Stimmen im zweiten Wahlgang eine weitere Amtszeit zu sichern. Weniger glücklich für die Amtsinhaber gingen die Lokalwahlen am 31. März 2024 aus,

bei denen erstmals seit langem die oppositionelle CHP mehr Stimmen erhielt als die Kandidat:innen der Regierungspartei AKP. In vielen Fällen allerdings wurden im Anschluss Bürgermeister:innen der CHP verhaftet, mit dem Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu am 19. März 2025 als prominentestem Betroffenen.

Scheint das türkische Regime aufgrund der offensichtlichen Korruption und Misswirtschaft mehr und mehr die Unterstützung der Bevölkerung zu verlieren, erfährt das saudische Königshaus dem Anschein nach zunehmend Zustimmung in der Öffentlichkeit. Kronprinz Mohammed bin Salman hat es zumindest auf internationaler Bühne verstanden, vom einstigen Außenseiter nach seinen offenbaren Verstrickungen in die Ermordung des Regimekritikers und Washington Post-Journalisten Jamal Khashoggi im Oktober 2018 zu einem gefragten Gesprächspartner zu werden. Mit diplomatischem Geschick hat die Regierung eine Charmeoffensive in alle Richtungen gestartet und versteht es seitdem deutlich besser, sowohl mit den USA als auch mit Russland und China in konstruktive Gespräche zu treten. Selbst mit dem „Erzfeind“ Iran fand eine unter chinesischer Führung vermittelte Annäherung statt, und ein Abkommen mit den Huthis im Jemen reduzierte seit 2022 deutlich die militärischen Angriffe. Die früheren Zerwürfnisse mit dem Nachbar-Emirat Katar sind ebenso Vergangenheit. Die Strategie scheint klar: Weniger verdeckte Einmischung in die oftmals den Schia-Sunni-Divergenzen zugeschriebenen sektiererischen Konfliktlinien und stattdessen mehr diplomatische Führungsqualität einer sich zunehmend selbstbewusst gebenden, größten Volkswirtschaft der Region. Mit dieser Ausrichtung hat es die saudische Regierung sogar geschafft, sich im Gaza-Krieg mit der leidenden palästinensischen Bevölkerung zu solidarisieren, ohne den gestarteten Annäherungs- und Normalisierungsprozess mit Israel zu kompromittieren. Angesichts der vielfältigen Schwierigkeiten, mit denen das iranische Regime aktuell zu kämpfen hat, scheint der langanhaltende Kampf um Vorherrschaft zwischen beiden Regionalmächten zumindest auf absehbare Zeit zugunsten Saudi-Arabiens entschieden.

Wenn sich dies tatsächlich so entwickelt, wird dies auch Auswirkungen auf Syrien haben. Dessen neuen Machthabern wurde, bei aller Erleichterung über das Ende der jahrzehntelangen Schreckensherrschaft der Assad-Familie und der ihr hörigen Ba'th-Partei, mit einigem Misstrauen begegnet: Können sunnitische Islamisten eine Regierung bilden, die weniger auf religiöse Dogmen setzt und stattdessen mit modernen Politikentscheidungen auf die akuten Herausforderungen des Landes reagiert: Sicherheit, Aussöhnung, Wirtschaftsförderung? Können die Millionen von Flüchtlingen nach Syrien zurückkehren, wie können Enteignungen rückgängig gemacht werden und wie können alte Eliten wo möglich juristisch belangt, wo nötig aber auch in die neuen Entscheidungsstrukturen eingebunden werden? Wie werden Russland, Iran, Israel, die Türkei und die USA ihren künftigen Interessen in und mit Syrien verteidigen? Derartige Fragen werden sich erst im Zeitverlauf klären lassen. Für den Anfang aber hat Ahmad al-Sharaa, ursprünglich bekannt unter seinem Milizennamen Abu Mohammed al-Julani („vom Golan“, eine Referenz auf den Ursprung seiner Familie), die schlimmsten Befürchtungen widerlegt. Der frühere al-Qaida-Kämpfer, Mitbegründer der jihadistischen al-Nusra-Front und von den USA gesuchter Terrorist, versprach im Januar 2025, freie und faire Wahlen abhalten zu lassen und bis dahin eine inklusive Übergangsregierung bilden zu wollen, „die Syriens Vielfalt widerspiegele“. Außerdem solle eine juristische Aufarbeitung vergangener Gräueltaten im Sinne von *transitional justice* angegangen werden. Der neu eingesetzte Gouverneur von Damaskus, Maher Marwan, wurde Ende Dezember 2024 gar mit den Worten zitiert, die neue Regierung habe „kein Problem mit Israel“ und würde

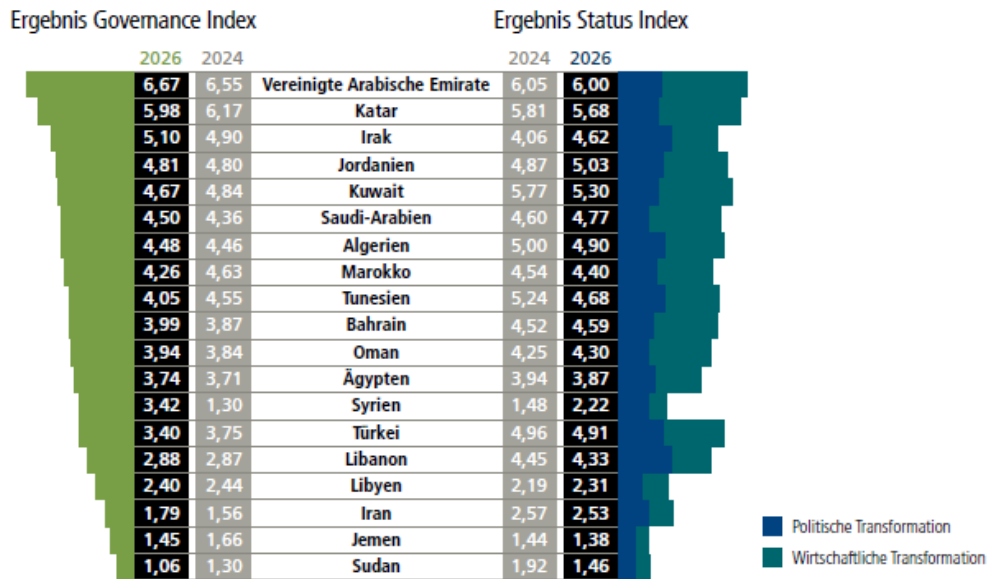
dessen Sicherheit nicht weiter bedrohen. Dennoch ist, auch vor dem Hintergrund der gescheiterten Transformationsprozesse in Ägypten, Algerien, Tunesien und Sudan, Skepsis angebracht, was die politische Zukunft Syriens angeht – was nicht heißen soll, dass das Land und seine Menschen nicht alle erdenkliche Unterstützung verdient hätten.

Ausblick

Mit radikaler Militärmacht hat Israel der Islamischen Republik Iran im Berichtszeitraum einige schwere Schläge versetzt und damit vielleicht entscheidende Erfolge für eine spannungsfreiere Zukunft erzielt – auch in Hinblick auf die vom Iran unterstützten Kampfesgruppen im Irak, Iran, Jemen, Libanon und Syrien, sowie nicht zuletzt der Hamas in Gaza. Sollte dies so bleiben, dann könnten die kommenden Jahre im Mashrek grundlegende sicherheitspolitische Änderungen erfahren, die auf ein Ende der gewaltsamen Konflikte zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten hoffen lassen. Die 2020 von Israel, Bahrain, Marokko, Sudan und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterzeichneten Abraham Accords scheinen den möglichen Weg vorzuzeichnen. Dann hätte die Region zwar kaum Fortschritte in den Demokratieniveaus der einzelnen Länder vorzuweisen, aber die Herrschenden hätten dennoch eine Form des gegenseitigen Miteinanders gefunden, die den alten regionalpolitischen Starrsinn aufbricht und durch mehr „freundliche Flexibilität“ ersetzt.

Dass diese autoritäre Form der Konfliktschlichtung einhergeht mit einer nachhaltigen Demokratisierung der einzelnen Staaten, ist jedoch eine gänzlich andere Frage, deren positive Beantwortung schwerer vorstellbar erscheint als das Szenario einer freundlichen Zusammenarbeit zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten. Zwar finden Proteste gegen die Machthabenden in Ländern wie der Türkei, Iran oder Libanon nach wie vor statt. Auch die spontanen Freudentänze in Syrien nach dem überraschenden Ende der Herrschaft von Bashar al-Assad haben klar gezeigt, was die Mehrheit der Menschen in der Region Naher Osten und Nordafrika erhofft: die Respektierung der bürgerlichen Rechte, der Menschenwürde und der Grundbedürfnisse sind im Grunde die Forderungen, die in Protesten und Demonstrationen von Marokko bis Iran, der Türkei bis Sudan jedes Mal vorgebracht werden. Doch scheint es unwahrscheinlich, dass Regime wie die AKP in der Türkei, das Militär in Ägypten oder die verschiedenen Königshäuser ernsthaft demokratische Mitsprache und organisierte Machttransfers nach verlorenen Wahlen zulassen werden. Sie sind flexibel in ihrer Außenpolitik, aber kompromisslos in ihrer Innenpolitik.

Die globalen Erwartungen scheinen sich damit abgefunden zu haben: Unter Donald J. Trump haben die USA ihren letzten Anspruch auf moralische Führerschaft aufgeben. Was zählt, sind Deals im Interesse der USA, mit wem, spielt keine Rolle, und seien sie auch noch so absurd wie die fantasierte Schaffung eines Touristenressorts im wiederaufgebauten Gazastreifen, gänzlich befreit von einer zwangsexilierten palästinensischen Bevölkerung. Die EU hat im Kampf gegen den rechten Populismus in ihren eigenen Reihen einen Großteil ihres humanitären Selbstanspruchs verloren und versucht, mit Migrationsabkommen jenseits jeglicher Ethik sich eines Problems zu entledigen, welches sie durch unfaire Handelspraktiken, Waffenlieferungen und unzureichende Klimaschutzmaßnahmen zu einem Großteil mitverursacht hat. Zugleich preisen sich Russland und China den Machthabern des Nahen Ostens und Nordafrikas als Kooperationspartner an, die nicht nach Menschenrechtsstandards, Frauenförderung oder Umweltschutz fragen, sondern mit Geld und Waffen den Ländern Aufschwung und die „Befreiung“ aus westlicher Vormundschaft versprechen.



Wie dies genau aussieht, lässt sich auf katastrophale Weise im Sudan beobachten, und zweifelsohne ist der wachsende Einfluss Russlands in Nordafrika eines der drängendsten Zukunftsthemen der Region. Medienberichte vom Februar 2025 deuten darauf hin, dass das russische Militär in Reaktion auf die plötzlichen Veränderungen in Syrien zwei Abkommen zur Neustationierung seiner Luft- und Seestreitkräfte unterzeichnet hat: mit Khalifa Haftar über den Ausbau und die künftige Nutzung des seit 2011 nicht mehr genutzten Luftwaffenstützpunkts Maaten al-Sarra in Südost-Libyen nahe der sudanesisch-tschadischen Grenze, sowie perspektivisch die Nutzung des Hafens von Tobruk als Marinestützpunkt, plus ein Abkommen mit Abdel Fattah al-Burhan im März 2025 über die Nutzung von militärischer Infrastruktur in Port Sudan am Roten Meer. Ebenfalls liefen erste Gespräche mit der neuen syrischen Führung über eine eventuelle weitere Stationierung russischer Truppen auf syrischem Gebiet. Wenn sich diese Tendenzen als erfolgreich herausstellen sollte, wäre eine stärkere Präsenz Russlands in der Region Naher Osten und Nordafrika anzunehmen. Dies hätte auch unmittelbare Auswirkungen auf die fragile Sicherheitslage in der benachbarten Sahelzone, in der Russland seit 2023 seine Aktivitäten stark ausgeweitet und insbesondere Frankreich als dominierende ausländische Militärmacht abgelöst hat. BTI-Regionalkoordinator Martin Welz argumentiert im Regionalbericht West- und Zentralafrika des BTI 2026 treffend, dass die erweiterte Sahelzone als „das größte Interessensgebiet Russlands außerhalb der früheren Sowjetunion“ gilt. Zweifelsohne werden die künftigen Entwicklungen dort auch auf die Transformationsdynamiken Nordafrikas ihren Einfluss haben.

Kann Iran als regionaler Unruheherd aktuell also für angeschlagen, vielleicht sogar ganz geschlagen gelten, hat Russland den nördlichen Teil des afrikanischen Kontinents als strategisch wichtige Region verstärkt in Augenschein genommen. Im Zusammenspiel mit Peking wird Moskau versuchen, die Region zunehmend zu dominieren und für Europa damit eine weitere Nachbarschaft ins Wanken zu bringen. Die Förderung von Demokratie und marktwirtschaftlicher sozialer Teilhabe, wie vom BTI gemessen, wird deswegen in Zukunft wohl eine unerwartete Renaissance erleben: nicht nur um der einzelnen Gesellschaften willen, sondern um der Werte von bürgerlicher Freiheit von autoritärer Unterdrückung und Menschenwürde insgesamt.

Referenzen

Azadi, Pooya / Mirramezani, Matin / Mesgaran, Mohsen B. (2020) *Migration and brain drain from Iran*. Stanford Iran 2040 Project, Working Paper 9. Stanford University.

Neumann, Neomi (2025) *Settler violence is turning the West Bank into a tinderbox*. Policy Watch 1040, 18 April. The Washington Institute for Near East Policy, <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/settler-violence-turning-west-bank-tinderbox>.

Perliger, Arie (2025) *The quiet war: What's fueling Israel's surge of settler violence – and the lack of state response*. The Conversation, 31 July, <https://theconversation.com/the-quiet-war-whats-fueling-israels-surge-of-settler-violence-and-the-lack-of-state-response-261990>.

Tsamalashvili, Natalia (2025) *Russia's naval base in Port Sudan: a gateway to Africa and the Indian Ocean*. HORN, International Institute for Strategic Studies, 5 March, <https://horninstitute.org/russias-naval-base-in-port-sudan-a-gateway-to-africa-and-the-indian-ocean>.

Welz, Martin (2026) *Gegensätzliche Wege: Zwischen Demokratiekonsolidierung und Festigen von Autokratien*. BTI-Regionalbericht West- und Zentralafrika. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2026

ISBN

978-3-68933-009-5

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Sebastian Plate
Project Manager
Telefon +49 5241 8181263
sebastian.plate@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de